Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

13. Jahrg. Nr. 2

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Oberbaum F 8 7832.

Berlin, Februar 1932

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Bei Bezug unter Streifband für In- und Ausland 20 Pf. inkl. Porto. Erscheint vorläufig monatlich.

Inserate werden nicht aufgenommen.

Die „eiserne" und die „rote" Front

Mit tiefen Bücklingen und verlogenen Phrasen treten die Schlächtermeister der deutschen Revolution, zusammengekuppelt in der „Eisernen Front", wieder einmal vor die Arbeiterklasse. Und der „Vorwärts", das Mundstück dieser Hexenkünstler, erzählt den Proleten wie aus einigen Haufen Dreck im Handumdrehen die „Eiserne Front" zusammengeschaufelt wurde. Man höre.

„Es hat keiner Propagandakünste und keiner Befehle bedurft. Ein Anstoß — wenige organisatorische Hammerschläge genügten: in Stadt und Land wuchs empor die Eiserne Front für Volksrechte gegen Diktatur."

Daneben erfahren die Proleten auch noch, daß der von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie tolerierte Lohnraub von den Harzburger „Reaktionären" zur Aufstellung der Prätorianer-Garden des Herrn Hitler „mißbraucht" wurde. Ob dieser Tatsache herrscht bei den „eisernen" Dudelsackpfeifern Neid und „Entrüstung". Begreiflich, Proleten totschlagen, die das in den Augen aller „freiheitlichen und anständigen Deutschen" schamlose Verbrechen begehen, ihren Hunger hinauszuschreien — dieses Privileg, diese „Errungenschaft" lassen sich die Männer der „Eisernen Front" nicht streitig machen. Da verlangen die „demokratischen" Zeugungsväter der Republik ihr verbrieftes Recht, das sich in dem Satze manifestiert: Die Gewalt geht vom Volke aus! „Eine Millionenarmee", posaunt der „Vorwärts", „deren Existenz allein schon jeden Gedanken an einen Raub der politischen Rechte im Keime ersticken" soll. Der Kampf gilt also — man staune! — für die Erfüllung der Verheißungen in der Verfassung von Weimar." Dieselben „Verheißungen" will auch der Trommler der nationalen Belange, Herr Hitler, zum Sprungbrett seiner Berufsveränderung ins Reichspräsidenten-Palais machen. Da kamen die Lumpaziusse von der „Vorwärts"-Redaktion und der „Eisernen Front" aber erst richtig in Schwung. Sie machten ein paar „organisatorische Hammerschläge" und — Sesam öffne Dich — die „Hammerschaften", „Eiserne Bücher" und sonstige Utensilien der „Eisernen Front" „wuchsen empor". Ob der Generalstab, genannt „Hindenburg-Ausschuß", auf die gleiche Weise „emporwuchs", hat der „Vorwärts" nicht verraten. Daß dieser sich aber aus einer erlesenen Blüte „der anständigen, freiheitlichen Deutschen" rekrutiert, läßt jeden Zweifler verstummen, wenn er weiß, daß in seiner Mitte sich ein Gustav Noske befindet. Die Vorstellungen der „Eisernen Front" haben jetzt, von Berlin ihren Ausgang nehmend, „in allen deutschen Gauen" begonnen. In Berlin hat ihr ein „schmucker" österreichischer Pater, „gekleidet in eine schlichte schwarze Priestersoutane", den Segen erteilt; die Bande raste vor nationalistischer Begeisterung. Leipzig ist natürlich auch hierbei der „linke" Flügel. Selbstverständlich aus Tradition. Die haben sich denn auch ihre Leute vom „linken" Flügel der „Eisernen Front" verschreiben lassen. Kein Wunder darum auch, daß dort „Geistesfreiheit" und „Sozialismus" Trumpf ist.

Bei der Betrachtung dieser Harlekinaden und all dem lächerlichen Getue drängt sich die Frage auf, welchem Zweck dient dieser ganze Theaterdonner? Nun, durch die Zerstörung der bürgerlichen Mittelparteien, die neben der Sozialdemokratie die Stützen der Brüning-Regierung darstellen, wird die Grundlage für die Regierer immer unsicherer. Die Brüning-Regierung hat in letzter Zeit schon mehrmals zu verstehen gegeben, das „größere Uebel" aus dem Sack zu lassen. Das blieb nicht ohne Wirkung auf die Sozialdemokratie. Wie sie im Kriege der treueste Vasall des kaiserlichen Militarismus und damit auch gehorsamster Diener des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg war, so macht sie auch jetzt schnell wahr, was sie immer gesagt hat: In der Treue zu ihrem Vaterlande läßt sie sich von keiner Partei übertrumpfen — auch nicht von der Hakenkreuz-Partei. Außerdem braucht die Brüning-Regierung bei den „Abrüstungs"-Verhandlungen in Genf einen starken Rückhalt. Als solcher ist die Sozialdemokratie die beste Grundlage, um sich der französischen Bourgeoisie gegenüber mit dem „pazifistischen" Gesicht zu tarnen.

Innenpolitisch kommt noch die Wahl des Reichspräsidenten hinzu; ebenfalls läuft die Wahlperiode des preußischen Landtags in den nächsten Monaten ab. Und wenn man weiß, wie verzweifelt die Sozialdemokratie nach dem rettenden Silberstreifen am ökonomischen Horizont Umschau hält, so wird auch erklärlich, daß sie mit fliegenden Fahnen ins Hindenburg-Lager flüchtet. Der „Vorwärts" läßt gewichtig wissen, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften vor ganz großen Aufgaben stehen. Wir verstehen. Der sich ständig steigernde Raubzug des Kapitals gegen das Proletariat schafft in den Massen den unerträglichen Druck, der den revolutionären Sprengstoff zur Entladung bringen muß.

In diesem Zusammenhang wird auch die Rolle der KPD in der ganzen Breite erhellt. Jetzt zeigt sich deutlicher denn je, daß sie der Eisernen-Front-Bande seit mehr als 10 Jahren Zutreiberdienste leistet. Sie hat die Proleten in die Gewerkschaften gepeitscht, nicht, damit deren Besitzern der Stuhl unter dem Hintern entzogen wurde, wohl aber, daß die Proleten ohnmächtig der Kadaverdisziplin ausgeliefert wurden. Sie hat die Proleten von Wahl zu Wahl gejagt, nicht, damit die gewählten „Volksvertreter" die Reformisten und Bourgeoisie „entlarven", wohl aber wurde die Illusion in den Hirnen der Arbeiter gezüchtet, als wäre es möglich, aus den Schwatzbuden auch nur das geringste für die Arbeiterklasse herauszuholen. Von der „revolutionären Tribüne" wollen wir hier ganz schweigen. Die KPD hat auch heute wieder ihren „Arbeiterkandidaten" Thälmann — „den Kandidaten der Armen gegen die Reichen" — schnell zur Hand. Sie zittert geradezu darauf, das Proletariat in die frisch-fröhliche Stimmzettelreibjagd zu hetzen. Anstatt proletarische Selbsterkenntnis zu fördern, paßt sich die KPD der oberflächlichen, indifferenten Auffassung von „Armen" und „Notleidenden" an. Sie verziert ihre Wahlparole mit einem Sack voll schöner Forderungen. Aber wann bewilligt denn die Bourgeoisie von 1932 Forderungen? **Wenn ihr Wasser und Messer zugleich an der Kehle sitzen;** wenn der Kampf um die revolutionäre Diktatur droht, nur wenn sie hoffen kann, sich dadurch selbst das Leben zu retten und Teile des Proletariats noch einmal zu bestechen, — dann bewilligt die Bourgeoisie vielleicht kleine Abschlagzahlungen.

Die KAPD ruft dem Proletariat zu: Die Klassenfront des Proletariats wird nicht errichtet durch die Abgabe eines „roten" Stimmzettels, sondern durch die Schaffung der organisatorischen Einheit in den Betrieben und Stempelstellen. Es gibt in der Phase der entscheidenden Kämpfe keine dem Proletariat und der Bourgeoisie gemeinsamen Mittel und Einstellungen mehr. Wahlkampf heißt Kampf gegen Wahlbeteiligung!

Eine Fieberskala am Kriseninermometer

Die Schwindsucht in den Berliner Betrieben.

Wir lassen nachfolgend eine Reihe Berliner Betriebe Revue passieren, um daran zu zeigen, in welchem Verhältnis nominell die Belegschaften heute zu früher stehen.

		Es waren noch	beschäftigt:
Berlin-Karlsruher Industriewerke	1789		—
A. Borsig, Tegel	3532	jetzt	300
Stahlwerk Hennigsdorf	1914		632
C. Flohr, Wittenau u. Berlin	1305		817
Bergmann, Rosenthal	5017		2582
AEG-Konzern (17 Werke)	34050		21803
Siemens-Schuckert	25485		14361
Siemens-Halske	20664		14735
Keyling & Thomas	873		—
Dr. Paul Meyer	975		—
Bergmann, Seestr.	2908	) w. stillgel.	
Bergmann, Hennigsdorfer Str.	1915	) zus.	1200
Schwartzkopff, Scheringstr.	1371		500
Schwartzkopff, Wildau	1533		700
Orenstein & Koppel, Spandau	1386		725
Eisengießerei Hartung	546		205
Daimler-Motoren-Werke Marienfelde	1000		176

Inzwischen ist die Zahl der Beschäftigten noch weiter gesunken. Die Katastrophe am Arbeitsmarkt wird auch in der nächsten Zukunft eine weitere Verschärfung erfahren. Das Legionen-Heer der zum Verhungern verurteilter wird also immer gewaltiger. Die Elementar-Frage proletarischer Klassenpolitik lautet daher: Kampf um den Kommunismus oder schimpflicher Untergang. Die rasende Pauperisierung des Proletariats läßt kein Ausweichen vor dieser Entscheidung zu.

Der Rettungsplan

Die seit dem August 1930 begonnenen Abziehungen der kurzfristigen ausländischen Kredite haben zu einem Zusammenbruch der deutschen Notendeckung geführt. Die Gold- und Devisenvorräte der Reichsbank sind allein von Ende Mai bis Ende Dezember 1931 von 2,58 auf 0,53 Milliarden Reichsmark zurückgegangen. Dabei sind selbstverständlich die von der Reichsbank und der deutschen Golddiskontbank aufgenommenen Kredite in Höhe von zusammen 150 Millionen Dollar abgesetzt, deren Verlängerung von Zeit zu Zeit nur unter schweren Bedingungen erreicht werden kann. Die freie Gold- und Devisenreserve der Reichsbank belief sich Ende Dezember 1931 nur noch auf rund 526 Millionen Mark. Sie sinkt ständig infolge der weiteren Abziehungen, so daß praktisch Ende Dezember die Deckungsquote des Umlaufes an Reichsbanknoten 11 Prozent betrug. Wenn man also in diesem Zusammenhang von einem Zusammenbruch der Deckung des Notenumlaufes spricht, so wird dies durch die Tatsachen vollauf bestätigt.

Die gleichen Erscheinungen haben sich auch innerhalb des deutschen Kreditbanksystems gezeigt. Nach außen trat die Katastrophe durch den Kassenrun vom 13. 7. 1931 zutage. In der Zeit vom Oktober 1930 bis Oktober 1931 haben die deutschen Kreditbanken Einlagen in Höhe von 5 Milliarden verloren. Das ist ein Rückgang von 27,2 Proz., während die Ausleihungen nur um 3,1 Milliarden, d. h. um 18 Proz. vermindert wurden. Bei den Sparkassen zeigte sich in den Monaten Juni bis November eine Verminderung der Sparkasseneinlagen um 1482 Millionen Mark. Durch diese Entziehung der dem Bankkapital von allen Bevölkerungsschichten zur Investierung in der Wirtschaft zur Verfügung gestellten Gelder wurde der gesamte Kreditapparat der deutschen Wirtschaft auf das Schwerste erschüttert. Dies ergibt sich schon aus der Notwendigkeit der Verminderung der Ausleihungen in der Zeit vom Oktober 1931 bis Oktober 1931 um 3 Milliarden und in der Inanspruchnahme der gesamten Reserven, um die weiteren Entziehungen von ungefähr 2 Milliarden auszugleichen. Es rächte sich dabei bitter die auf Grund der Erfahrungen aus der Inflationszeit bei den deutschen Mittelstandskapitalisten begründete Flucht aus der festverzinslichen Anlage in die reine Depositeneinlage. Der deutsche Kapitalist wollte nicht mehr das Risiko für die Wertpapiere übernehmen, weil er befürchtete, daß er nach einer Inflation nur Aufwertungsbeträge in geringer Höhe erhalten würde. Er wälzte daher das Risiko auf die Großbanken ab, die ihrerseits die Flucht aus dem Wertpapier durch das Angebot von hohen Zinssätzen begünstigten und auch begünstigen mußten, weil der ungeheure Kreditbedarf der im Aufbau begriffenen deutschen Wirtschaft eine schnelle Versorgung verlangte. Es war eben praktisch nicht möglich, nach einer Inflation die alte Basis der Kreditschöpfung wieder herzustellen, die im wesentlichen darin bestand, daß das Großkapital das Risiko für seine Wirtschaftsgestaltung auf das kleinere und mittlere Bürgertum abwälzte.

Die Umwandlung von Geld in Kapital vollzog sich so unter dem rechtlichen Risiko des Bankkapitals selbst. Es standen sich gegenüber die den Banken freiliegenden Gelder, die jederzeit oder zu bestimmten kurzfristigen Terminen rückzahlungs-

pflichtig waren und das von den Kreditnehmern investierte Kapital, das in der Wirtschaft also sowohl in der Produktion als auch in der Konsumtionswirtschaft festgelegt war. Wegen ihrer Rückzahlungsverpflichtung mußte das Bankkapital darauf sehen, daß die Kredite auch nur kurzfristig liefen. Diese Kurzfristigkeit war praktisch eine Fiktion, weil sich das geliehene Geld nicht wieder realisieren ließ.

Während also in der Vorkriegszeit der kapitalistische Rentner der Typus des Kapitalisten zu werden schien und Lenin diese Form der Entwicklung als eine dem Monopolkapitalismus innewohnende parasitäre Entartung erschien, brachte die kapitalistische Entwicklung in der Kriegs- und Nachkriegszeit mit ihrer ungeheuren Ausweitung der öffentlichen und privatkapitalistischen Verschuldung keine erhebliche Gefährdung des Rentnerkapitalisten aus der permanenten Krise der kapitalistischen Ordnung selbst. Der kleinere und mittlere Kapitalist will das formelle Risiko für das angelegte Kapital nicht mehr übernehmen und begnügt sich lieber mit einem geringen Zinssatz, indem er auf die Güte der Großbanken vertraut. Das Bankkapital seinerseits sucht wiederum Rückendeckung bei der Reichsbank bzw. bei den Zentralnoteninstituten, so daß praktisch das Risiko wieder auf die Steuerzahler abgewälzt wird, die durch dauernd erhöhte und sich steigernde Steuern das Risiko der Krise übernehmen. Deshalb jagt eine Notverordnung die andere. Der Staat ist durch die Entwicklung das kapitalistische Zentrum und damit auch das Krisenzentrum geworden. Er wird so zwangsläufig zum offenen Träger der Unterdrückungsmaschine gestempelt. Die in seiner Frühzeit ihm gegebenen Tarnungsmöglichkeiten sind restlos gefallen.

Die Uebernahme dieser Funktion ergibt sich ganz klar aus den Maßnahmen, die der Staat zur Behebung der sog. Krisenbekämpfung getroffen hat. Es wurde versucht, die Flucht ins Ausland durch allgemeine Bankenschließung, Stillhalteabkommen und Devisenwirtschaft zu hemmen und so den Staat zum Herrn über die in- und ausländische Kreditwirtschaft zu machen. Gleichzeitig übernahm derselbe Staat die Garantie für die Depositen bei den Großbanken, die im stärksten Umfange auf Grund der Depositeneinlagen zu einer „Kreditschöpfung" geworden waren. Dies geschah bei der Danatbank in der Form der Einlagegarantien, bei der Dresdner Bank durch Kapitaltransaktion und bei anderen Depositeninstituten durch Subventionen oder ähnliche Hilfe.

Das Ergebnis war eine ungeheure Hereinnahme von sog. Finanzwechseln, hinter denen absolut keine Deckung stand. In der Zeit vom Mai bis Dezember 1931 erhöhte sich der Wechselbestand der Reichsbank von 1,8 auf 4,9 Milliarden Mark. In dieser Ziffer und in dem gleichzeitigen Abziehen von Devisen und Gold in Höhe von 2 Milliarden Mark zeigt sich am klarsten die Abwälzung des Risikos der Wirtschaft in der Krise auf die Reichsbank, die ja im weiteren Verlauf dieses Risiko auf den Steuerzahler, d. h. auf das Proletariat übertragen hat. Diese Uebertragung erfolgte in der bekannten Form der Lohn- und Preispolitik der Regierung, durch die aber, wie Wagemann mit Recht erklärt, „eine immer weiter fortschreitende Defizitwirtschaft der Unternehmungen, wie der öffentlichen Hand zum Ergebnis hat".

Der Plan, den Wagemann demgegenüber aufstellt, hat eine doppelte Tendenz. Die Reichsbank soll zur Zentrale der gesamten deutschen Wirtschaft ausgebaut werden. Als ihre Aufgabe wird die Lenkung der Wirtschaft durch die Gestaltung und Kontrolle der an die Wirtschaft zu gebenden und von ihr aufzunehmenden Kredite betrachtet. Sie ist als Ausgleichszentrum der Konjunkturschwankungen, als planwirtschaftliche Zentrale gedacht. Das Wort Planwirtschaft darf aber nicht in dem russischen Sinn aufgefaßt werden. Wagemann will keine Produktionsplanwirtschaft, sondern eine Kreditplanwirtschaft. Diese Kreditplanwirtschaft soll ihrerseits auf einem neuen Aufbau des festverzinslichen Rentenmarktes beruhen. Wagemann will, daß wieder, wie in der Vorkriegszeit, der kleinere und mittlere Kapitalist sein Geld verzinslich auf lange Frist anlegt und damit wiederum eine Entlastung des Risikos der Reichsbank herbeigeführt wird. Die Methode, das Defizit der öffentlichen und privaten Unternehmungen restlos auf den Steuerzahler abzuwälzen, bedeutet in der Praxis eine immer weiter fortschreitende Stillegung der Betriebe durch die Einkommendeflation (Sinken der Kaufkraft). Außerdem wurde das damit verbundene ungeheure Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu einem ungeheuren politischen Störungsfaktor. Die Politik der Herabsetzung der Löhne und teilweise auch der Preise führte zu der Notwendigkeit einer zu krassen direkten Besteuerung. Sie verhinderte auch gleichzeitig die mit der Krise einsetzende sofortige Aufsaugung des kleineren und mittleren Kapitals für die Zwecke des Großkapitals und setzte an deren Stelle die allmähliche und langsame Expropriation der kleineren und mittleren

„Spartakus"

Die Zeitschrift für Kommunismus, die die Prinzipien der Kommunistischen Arbeiter-Partei in der Tschechoslowakei und Oesterreich propagiert, erscheint jetzt auch in deutscher Sprache. Der Preis des zwölfseitigen Heftes ist 10 Pfennig.

Bestellungen nimmt in Deutschland entgegen die BUCHHANDLUNG FÜR ARBEITER-LITERATUR BERLIN SO 36, LAUSITZER PLATZ 13

Kapitalschichten. Dadurch wurde die schnelle Erholung des Großkapitals von seinen Verlusten durch die Krise verzögert.

All diesen Mängeln soll durch den Wagemann'schen Plan abgeholfen werden. Die bei der Reichsbank vereisten Kredite der öffentlichen Hand und der Großindustrie und des Bankkapitals werden durch eine langfristige Anleihe von 3 Milliarden Mark abgelöst, die von der öffentlichen Hand garantiert wird. Dies nennt er Umschuldung der kurzfristigen Verschuldung der öffentlichen Hand. Weiter schlägt er vor, eine Umstellung des Banksystems und zwar durch juristische und banktechnische Trennung zwischen Depositenbanken und Kreditbanken. Die Depositeneinlagen werden Notengeld und zwar lediglich Inlandsgeld, denen die Reichsbanknoten als Auslands- und höherwertiges Geld gegenüberstehen. Er nennt das Depositengeld das Giralgeld, für das er auch eine besondere Deckung vorschreibt. Gleichzeitig läßt er durch die Möglichkeit einer Erweiterung des Geldumlaufes eine Inflation zu, die sich aber praktisch als Inflation nicht auszuwirken braucht, aber immer Inflationshandhabe bleibt. Ob sie dazu wird, richtet sich nach den jeweiligen Notwendigkeiten der deutschen Wirtschaft. Diese Frage ist für die Schaffung des Giralgeldes von keiner wesentlichen Bedeutung. Der Zweck ist vielmehr der Zwang zur festverzinslichen Anlegung der Depositeneinlagen, welcher durch Konstruktionsschema und verschiedene finanzielle Vorteile erreicht werden soll. Die Einzelheiten interessieren in dieser Beziehung weniger. Maßgebend ist lediglich das Ziel der Entlastung der Reichsbank durch eine andere Verteilung des Risikos der Krise. Dadurch soll dem Großkapital von neuem eine Auftriebsmöglichkeit mit finanzpolitischen Kniffen geschaffen werden.

Daß diese Lösung keine Lösung ist, dürfte unzweifelhaft sein. Es ist vollkommen unmöglich, den Aufbau einer Rentnerschicht, deren Existenzmöglichkeit durch die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft selbst wegen ihres permanenten krisenhaften Charakters nicht möglich ist, künstlich zu schaffen. Man kann die Weltgeschichte nicht wieder rückwärts drehen und irgend einen Zustand suggerieren, der nur noch als gute alte Zeit im Gedächtnis einiger Illusionspolitiker der Bourgeoisie vorhanden ist. Die kapitalistischen Widersprüche lassen sich nicht durch eine Kreditplanwirtschaft aufheben. Das „chronische Defizit" bleibt. Seine Ueberwindung kann nur durch den Aufbau der kommunistischen Wirtschaft erfolgen.

Politische Rundschau

Der Krieg im fernen Osten

„Das Versagen des Völkerbundes ist geradezu katastrophal" jammert der „Vorwärts", und während die Weltabrüstungskonferenz in Genf tagt und große Tiraden vom Stapel läßt, die doch nur die Ohnmacht des Völkerbundes beweisen, krachen im fernen Osten die Bomben auf Schanghai. Der Völkerbund erklärte sich als machtlos, den Konflikt zu lösen. Selbst die ganze internationale Presse der Sozialdemokraten und Pazifisten müssen dies heute feststellen. Sie können nach den Ereignissen in China heute nicht mehr den Völkerbund in seinem wahren Lichte verschweigen. Und mit hysterischem Geschrei klammern sich diese Kleinbürger nun an diese Weltabrüstungskonferenz, die ein „Machtwort zu sagen" hat. Sie soll alle Länder veranlassen, „die Wirtschaftsblockade gegen den Friedensbrecher Japan" zu verhängen, denn „sonst ginge der Glaube an die Menschheit und die wirklichen Aufgaben des Völkerbundes bei Millionen Menschen verloren." Also der Völkerbund „soll aus seiner Passivität heraus und ein Machtwort sprechen", so klingt es aus den Spalten der sozialdemokratischen Presse. — Die japanischen Imperialisten haben ihre Wünsche und Pläne, die sie seit Jahren hatten, die Mandschurei zu annektieren, durchgeführt. Sie wählten dazu auch den geeignetsten Moment für ihre Aktion, jetzt, wo die kapitalistischen Staaten wie England und Amerika von der Weltkrise schwer betroffen sind, genau so wie während des Weltkrieges, wo sie den richtigen Zeitpunkt zu wählen verstanden, um China den mandschurischen Vertrag aufzuzwingen. Die Japaner hielten China von jeher mit Erfolg in einem Zustand der Zerrissenheit und stützten sich dabei auf die Cliquenkämpfe der chinesischen Generäle. Der japanische Imperialismus versucht nun der Nankingregierung die Unterschrift zu dem Verzicht auf die Mandschurei zu entreißen, indem er einen Schlag gegen Schanghai führt, gegen den Hafen, der die wichtigste Einkunftsquelle Chinas ist. Der Sieg Japans aber würde eine Verschiebung der Mächteverhältnisse in Ostasien bedeuten, so daß alle anderen kapitalistischen Mächte ihre Entschädigungsansprüche geltend machen würden. Es würde ein Schachern und Handeln beginnen, das die Gefahr des Konfliktes unter den Beutemachern in sich tragen würde. Der Zweck der imperialistischen Mächte, Japan voranzuschicken, ist letzten Endes ihr langersehnter Wunsch, China endgültig unter sich aufzuteilen.

Die Kanonen, die von den japanischen Schiffen auf Schanghai heulen und die Bombenflugzeuge, die ihre verheerende Tätigkeit ausüben, gerade zu einer Zeit, wo in Genf eine „Abrüstungskonferenz" tagt, die sich als ohnmächtig erweist, zeigen, wohin der Weltimperialismus steuert. In dem Feuer des ostasiatischen Krieges kristallisieren sich die Gegensätze der kapitalistischen Welt, die keinen Ausweg mehr findet aus der gegenwärtigen Weltkrise.

Der japanische Imperialismus verfolgt seine Interessen in der Mandschurei mit aller Konsequenz. Er stützt sich dabei besonders auf die Sympathie des französischen Imperialismus. Japan stößt im Norden ebenfalls vor und hat die wichtigsten Plätze an der ostchinesischen Bahn, die zum größten Teile Rußland gehört, besetzt. Die Besetzung Charbins, das der wichtigste Knotenpunkt der russisch-chinesischen Ostchinabahn ist, steht bevor. Mit der Besetzung dieser Stadt würden russische Interessen verletzt. Nach Pressemeldungen hat Rußland sogar den Japanern die Genehmigung gegeben, die japanischen Truppen auf der Ostchinabahn zu befördern. Des Rätsels Lösung könnte man in zwei Meldungen finden, die bisher unwidersprochen geblieben sind. Nach holländischen Blättern bestand zwischen den Japanern und Sowjetrußland eine weitgehende Verständigung über das Eingreifen in der Mandschurei. Diese Meldung wird auch beleuchtet durch eine Mitteilung in der deutschen Presse die zu berichten weiß, daß in Tokio ein Angebot der Sowjetregierung, in Japan eine Anleihe aufzunehmen, die besonders garantiert werden soll, vorliege. Man kann auf Grund dieser Meldungen, die Haltung Rußlands verstehen, denn die Verwicklung in einen Krieg würde nämlich die ganze „sozialistische Aufbauarbeit" des Fünfjahrsplans, der sowieso in seinem kritischsten Stadium sich befindet, über den Haufen werfen. Die Durchführung des Fünfjahresplans setzt voraus, daß Rußland sich in keine kriegerischen Konflikte einlassen kann. Wir sehen dies ja auch an dem Aufgeben der „chinesischen Sowjetprovinzen" von denen die KPD-Presse ein Jahr lang ihre Leser begeisterte, sowie dem Abschließen der sogenannten „Nichtangriffsverträge" Rußlands mit den meisten Randstaaten, sowie Frankreich usw., in denen als letzter Punkt jedes der vertragschließenden Länder sich verpflichtet, auf jede Propaganda gegen eines der Länder zu verzichten.

Herunter mit der roten Larve!

Deutlicher als in den Agitationsblättchen, die für die Parteirekruten gemacht werden, enthüllt sich der wahre Charakter des heutigen Bolschewismus in den ernsthafteren Organen, die zur Informierung der „Kreise" usw. dienen sollen, z. B. in der „Moskauer Rundschau". Woche für Woche wird da das nationale Gewissen des deutschen Bourgeois wachgerüttelt, wird er mit Hohn über seine „Schuldknechtschaft" überschüttet und man hat den Eindruck, daß der Fünfjahrplan der Granatenfabrikation eine Belebung der europäischen Außenpolitik dringend gebrauchen könnte. Die Nummer vom 13. Dezember spricht den wahren Sinn der „nationalen und sozialen Befreiung" aber schon g a n z deutlich aus. Da heißt es in einem Artikel zur Londoner Schuldenkonferenz:

> „Entweder wird man auf dieser Konferenz versuchen, die allgemeine Pleite einzugestehen und die ganze kapitalistische Branche sozusagen sanieren oder diese Konferenz wird von der geschichtlichen Entwicklung einfach ad acta gelegt werden.
>
> Die größte Chance Deutschlands liegt in diesem allgemeinen Charakter der Konferenz und diese Chance darf sich Deutschland — in aller Courtoisie sei es ihren Leitern gesagt — nicht entgehen lassen, wenn es noch seine nationale Unabhängigkeit bewahren will."

Diese Versuche, den deutschen Nationalismus, der ohnehin der größte der Welt ist, noch mehr aufzustacheln, berühren recht sonderbar. Die demagogische Ausnützung des Reparationskonflikts zu nationaler Verhetzung und Umnebelung der Gehirne sollte doch das Monopol Hitlers sein, der die Massen darüber hinwegtäuschen muß, daß **seine „nationale Freiheitsbewegung" mehr Geld kostet als die Reparationen**, die ohnedies nicht gezahlt werden. Was wollen eigentlich diese sonderbaren „Komunisten"? Warum sind sie hitlerischer als Hitler? Nun, weiter unten wird der Artikel noch deutlicher.

> „Deutschland steht am Vorabend der Londoner Konferenz am Scheidewege. Ohne revolutionär zu sein, könnte es sich zu einer Tat aufraffen. In diesem Jahre wurde das Andenken des Freiherrn vom Stein und seiner nationalen Tat gefeiert. Wie wäre es mit einer Nachahmung?"

Ohne revolutionär zu sein, präg' dir das gut ein, KPD-Rekrut! Ausgeladen wird die „soziale Befreiung" und nur die **nationale** bleibt übrig! Wollen wir die „nationale Befreiung" unserer Bourgeoisie? Nein! Wir wollen ihre nationale und internationale Niederwerfung!

„Die Niederlage des eigenen Vaterlandes ist der revolutionären Klasse günstig." Das hat Lenin gesagt. Den dunklen Elementen, die im Interesse des russischen Granatengeschäfts die deutschen Proletarier auf die Schlachtfelder des Imperialismus treiben möchten, rufen wir zu: **Faschisten! Herunter mit der roten Larve!**

Augen . . . rechts!

Die Demokratie der Hindenbürgerrepublik bestand in den letzten Jahren in der Hauptsache darin, daß sie es verstanden hatte, daß in der Verwaltung und sonstigen Behörden (außer den Polizeidomänen der sozialdemokratischen Bonzen) den üblen Kasernenhofton des Kaiserismus zu vermeiden. Sogar die Arbeitslosen wurden mit Herr angeredet und ihnen gelegentlich die nächste Stufe der Instanzenskala genannt, die jeder notwendig spießrutenlaufen muß, um in den Besitz seiner paar Bettelpfennige zu kommen, auf die er laut Weimarer Verfassung ein Anrecht hat. Das hört jetzt auf.

Der Hugenbergmann Gördeler hat in seiner Eigenschaft als Sparkommissar einen Erlaß an die Arbeitsämter gerichtet, in dem er beanstandet, **daß auf den Arbeitsämtern zuviel Höflichkeit betrieben wird**, ferner **die Begrüßung und Verabschiedung** und vor allem, **daß die Arbeitslosen auf die Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung hingewiesen würden** usw. usw.

Der Erlaß beginnt schon jetzt auf den Stempel- und Zahlstellen zu wirken. Es wird nicht lange dauern und man wird statt der Erwiderung des Grußes mit „Maulhalten, Still'standen . . ." angedonnert werden, oder daß einem das Schalterfenster die Nasenspitze abhackt. Schließlich ist das aber nur richtig, daß auch die Demokratie der Phrase abgebaut wird. Den Proleten muß die Illusion genommen werden, daß sie im Kapitalismus mehr als Hunde gelten, die man mit Fußtritten traktiert. Der Faschismus hat die wichtigsten Positionen in Staat und Gemeinde durch seine Schrittmacher besetzt und probt mit Erlassen und Verordnungen aus, in welchem Tempo sich die Proletarier in die Rekruten- und Sträflingsrolle hineinfinden, die für das richtige faschistische System unerläßlich ist. — Versuch macht klug.

Die Einheitsfront unter der schwarzen Sensenfahne

Sie hat sich kürzlich auf einem Reichs-Bauernkongreß unter der Schirmherrschaft der KPD konstituiert. Die Bedeutung eines solchen Kongresses auf die Entwicklung der revolutionären Kämpfe der Arbeiterklasse müßte selbst die Proleten in der KPD den kleinbürgerlichen Sinn und Inhalt erkennen lassen, wenn sie den nachfolgenden Bericht, der „Internationalen Presse-Korrespondenz" Nr. 7 entnommen, lesen würden. In diesem Bericht heißt es über die strukturelle Zusammensetzung der Delegierten:

> „Nach der Zugehörigkeit zu Parteien und Organisationen boten die von 3200 bäuerlichen Delegierten auf 103 Gebiets- und Bezirkskonferenzen ausgewählten und auf den Kongreß entsandten Vertreter **ein sehr buntes Bild.** Sozialdemokraten, Bauernparteiler, Kommunisten, ein Nationalsozialist, Bauern des Landbundes, des Christlichen Bauernvereins, der Deutschen Bauernschaft, der Landvolkbewegung, des faschistischen Wehrwolfs usw. waren neben Vertretern des revolutionären Reichsbauernbundes versammelt. Nicht minder bunt **die soziale Zusammensetzung** der Delegierten, einige Arbeiter, dann die Mehrzahl Zwerg- und Kleinbauern, kleine Pächter, ein Drittel Mittelbauern, einige Kleingewerbetreibende und Intellektuelle wie auch drei Kulaken."

Die „sehr bunte" Zusammensetzung dieses Kongresses hinderte nicht, daß eine Einigung auf folgender Generallinie erzielt wurde:

> „. . . für Arbeit und Brot, Boden und Freiheit, für die soziale und nationale Befreiung, für die **Arbeiter- und Bauern-Regierung.**"

Die Politik der „doppelten Buchführung" war keineswegs eine der Brandler- und Ruth Fischer-Führung anhaftende „Entartung", sondern sie gehört zum ABC der KPD und der ganzen III. Internationale. Vor dem Proletariat offen die Forderung nach der „Arbeiter- und Bauern-Regierung zu vertreten, wagt heute nicht einmal die Brandler-Gruppe. Aber das vorliegende Beispiel zeigt, daß der Brandlerismus in der KPD durch den Hinauswurf Brandlers nichts eingebüßt hat.

Wie wenig ein solcher Paradekongreß mit den wirklichen Interessen der Industrie- und Landarbeiter gemein hat, kommt selbst in dem Bericht zum Ausdruck, worin es heißt:

> „Die Frage der gemeinsamen Aktion der Landarbeiter und der werktätigen Bauern wurde — obwohl durch ein Referat und durch den Vertreter des Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter vor den Kongreß gestellt — von den Delegierten selbst in den Diskussionsreden fast nicht behandelt."

Das ist nichts zufälliges, sondern beweist nur, daß die Interessen der für „Boden und Freiheit" und „gegen Zins- und Steuerlasten" kämpfenden Bauern keine Kampfobjekte der nach Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln trachtenden Landarbeiter sein können. Nicht durch die Uebergabe „einer schwarzen Sensenfahne" des Landvolkführers v. Salomon vom Bauernkomitee Kremperheide, schlägt die historische Stunde für das Industrie- und Landproletariat, sondern wenn die geeinigte Arbeiterklasse von den Schächten, Fabriken, Kontoren und Rittergütern aufsteht im Kampf um die Rätediktatur, um die kommunistische Bedarfswirtschaft!

Luxemburgismus und Leninismus

Im Januar wurden es 13 Jahre, seitdem republikanische Schergen mit intellektuellem Antrieb der Sozialdemokratie Rosa Luxemburg meuchlings erschlugen. Mit Schaum vor dem Munde hatte der „Vorwärts" in dichterischen Versen zum Mord aufgefordert. Trotzdem ist das, was diese große Tote in Theorie und Praxis geleistet hat, heute unter der Arbeiterklasse lebendiger denn je.

Eine solch geschlossene Einheit von Mensch und Werk läßt sich auch nicht in das scholastische Schema der Kremelschen Theorie von Leninismus und Stalinismus einfügen. Um so weniger, weil Rosa Luxemburg, sowohl als Kämpferin wie theoretische Größe, in dem Herzen des internationalen Proletariats eingeschreint ist, und so dem moskowitischen Götzendienst Stalins und der Heiligsprechung Lenins großen Abbruch tut. Die selbständigen kritischen Leistungen dieses feinen

Dokumente

von größter politischer Bedeutung für den Kampf um die revolutionäre Ideologie der Arbeiterklasse enthält die Broschüre von Rosa Luxemburg:

„Die Russische Revolution" —,25 RM

Mit prophetischem Blick wird in dieser Broschüre auf die Fußangeln hingewiesen, die den Verlauf der russischen Revolution und den Weg der III. Internationale entscheidend beeinflußt haben.

Versagt blieb es der ermordeten Kämpferin der proletarischen Revolution, ihre Voraussagungen in der heute vorliegenden Entwicklung der Theorie und Praxis der III. Internationale bestätigt zu finden. Diese Resultate sind geschichtlich aneinandergereiht und beleuchten besonders grell die Doppelzüngigkeit der KPD in der Broschüre

„Die KPD. im eigenen Spiegel" —,75 RM

Bestellungen an die BUCHHANDLUNG FÜR ARBEITER-LITERATUR BERLIN SO 36, LAUSITZER PLATZ 13

Kopfes sind den Hohenpriestern des Gottes Lenin, mit seinen absoluten Wahrheiten letzter Instanz, ein Scheusal und Greuel. Das macht sie der III. Internationale verhaßt genug, um den Bannfluch gegen die Ketzerin zu richten.

Aber wie alles, so hat auch dieser theoretische Meuchelmord seine materielle Basis. Die Schwierigkeiten des Aufbaues in Rußland häufen sich trotz allem Enthusiasmus. Eine starke Opposition tritt immer kühner gegen die Wirtschaftspolitik auf. Sie soll mundtod gemacht, und vom Parteitag der russischen KP ferngehalten werden. Nach außen wird eine geschlossene Einheit demonstriert. Die KPR ist eine militärische Organisation. Der Höchstkommandierende Stalin veröffentlichte zur Eröffnung der Kampagne einen wüsten Brief gegen den fast unbekannten Slutzki, weil er an die Unfehlbarkeit des Papstes Lenin in der Frage der Spaltung der deutschen Sozialdemokratie der Vorkriegszeit und die Rolle der Linken um Luxemburg-Mehring zweifelnde Kritik hegte. Ausgerechnet Stalin spielt sich als Großsiegelbewahrer bolschewistischer Tradition auf. Er, der noch 1917 auf der Märzsitzung des ZK der Bolschewiki auf einen Vorschlag des Menschewiki Zeretelli sich mit den russischen Vaterlandsverteidigern wieder vereinigen wollte.

Es wäre ein leichtes gewesen, den vorlauten Historiker Slutzki auf administrativem Wege still und gründlich für immer kalt zu stellen. Doch als Ablenkungsmanöver bot der Kampf gegen die Abweichungen von den leninistischen Glaubensartikeln eine günstige Gelegenheit. Wie ein Schwarm hungriger Hornissen stürzten sich nun die gefälligen jungen Leute, denen Politik mehr Geschäft als Gesinnung ist, auf die Generallinie, um sie nach verbogenen Stellen abzusuchen. In der „Inprekorr" kommen gleich ein paar Dutzend arme Schlucker ans Brett. Ihre abweichende Meinung ist sündhafter Anti-Leninismus, ihre selbständige Auffassung ist Zentrismus und fauler Liberalismus. Dem Luxemburgismus und Trotzkismus und dem, was man sich darunter vorstellt, wird als halbmenschewistischer Unmarxismus der schärfste Kampf angesagt. Rosa Luxemburg wird wie ein toter Hund behandelt und ihr Lebenswerk als eine fortlaufende Kette von Fehlern und Irrtümer hingestellt.

Der Stalinbrief war aber auch das Signal für die Sektionen der Komintern in ihren Ländern zum Sturm gegen sogenanntes Versöhnlertum und den Halbmenschewismus zu blasen, wobei sie sich in würdeloser Weise zu überbieten suchen.

Das ZK Polens legte als Weihnachtsgeschenk dem Väterchen Stalin eine Resolution „zur Ueberwindung der ideologischen Erbschaft des Luxemburgismus" zu Füßen. Die großen Leistungen Luxemburgs in der und für die polnische Arbeiterbewegung werden als „gefährlicher Opportunismus" mit einem Fußtritt erledigt. Für die KP Polens, diesem zerfahrenen Häuflein, ist der Luxemburgismus das Grundübel aller ihrer Dummheiten und Fehler. Es ist das Wischtuch, an dem man in pharisäisch-selbstgefälliger Weise sich die Finger abwischt, um von der Stalinschen Gnadensonne beschienen zu werden.

Hinter dem polnischen ZK will die deutsche KP nicht zurückbleiben. Als einzige Massenpartei der III. Internationale (außer der KPR) glaubt sie den Befähigungsnachweis ihrer Linientreue ganz besonders beweisen zu müssen. Das ZK schielt eifrig — ängstlich nach Moskau wie dort gehustet wird, um den Linienanschluß nicht zu verpassen. Und hat es den richtigen Tip erfaßt, wird die Partei mit aufgekrempelten Aermeln an die Arbeit gejagt. Diese eifrigen Kostgänger sind auch die gehorsamsten Pudel der III. Internationale. Ohne gescheite, selbständige Gedanken überspitzen sie die zugerufenen Parolen ins Groteske und wenn nachher der Anschnauzer von Moskau kommt, werden ein paar Unangenehme als Sündenböcke in die Wüste geschickt, wie bei der Parole der Volksrevolution.

Es ist begreiflich, daß für solche Politikanten der Stalin-Brief ein gefundenes Fressen war, ihre gelehrte Untertänigkeit zu beweisen. Unter der Firma Thälmann bekannte sich das ZK und die Partei als reuiger Sünder in den Fragen der Theorie. Gleichzeitig begann ein eifriges Ausrichten der Linie von den rechten Abweichungen, denen als Ueberreste des Spartakismus und Luxemburgismus mit glühendem Eisen das Schandmal aufgebrannt wurde.

Am tollsten machte es die „Rote Fahne", die in geradezu perverser Weise, wenige Tage vor dem 13. Todestag von Rosa, einen Giftpfeil nach dem anderen gegen ihr Lebenswerk abschoß. Als „Halbmenschewistin" habe sie keine Ahnung von den Gesetzen des Kapitalismus, und eine „mechanistische Auffassung vom Zusammenbruch des kapitalistischen Systems" gehabt. In den Fragen der „Stellung zur Revolution, zur Rolle der Partei, zur Bauernfrage, zur Theorie des Imperialismus, zur nationalen und Kolonialfrage, zur Frage der proletarischen Diktatur, habe sie vollständig versagt." Dieser ihr „Zentrismus und Opportunismus habe die Politik des Spartakusbundes beeinträchtigt". „Seine Nachwehen wurden zum wichtigsten Hemmnis für die Entwicklung und den Sieg der revolutionären Bewegung des deutschen Proletariats." Das ist die Einschätzung dieser politischen Bravos in der Redaktion der „Roten Fahne". Die trotz ihrer gemeinen Beschimpfung, ohne Scham an ihrem Kopfe den Vermerk trägt: „Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg."

Wenn die Fahne triumphierend verkündet: „Die Geschichte hat mit durchschlagender Eindeutigkeit die Ueberlegenheit des Leninismus über alle linke Strömungen gezeigt", so zeigt gerade der Ablauf der Geschichte, und die Politik der KPD, die überlegene Bedeutung des Luxemburgismus für den Klassenkampf. Darüber in einem nächsten Artikel.

Marx als ökonomischer Forscher

Die Darlegung der Entstehung des Mehrwerts aus dem Gebrauch der gekauften Ware Arbeitskraft ist sicher jener Teil der Lehre von Marx, der am populärsten und wirkungsvollsten geworden ist.

Der Wert der Ware Arbeitskraft wird bekanntlich bestimmt wie der Wert jeder Ware durch die Menge der zu ihrer Herstellung oder Wiederherstellung aufgewendeten Arbeit, die sich in diesem Falle in den Lebensbedarfsartikeln verkörpert hat, die je nach dem Grad der historischen und kulturellen Entwicklung von der Arbeiterklasse als unbedingt notwendig zur Existenzführung (Wiederherstellung der ausgegebenen Arbeitskraft) erachtet werden. Die so gekaufte Arbeitskraft tritt nun im Arbeitsprozeß in Aktion, d. h. sie schafft nun ihrerseits Wert, neuen Wert. Das Wertproblem der Tagesarbeit ist von einer gewissen Stufe der Produktivität ab größer als der Tageswert der Arbeitskraft. Diesen Mehrwert eignet sich der Kapitalist als Besitzer der für den Arbeitsprozeß unerläßlichen Produktionsmittel an. Damit ist ein für allemal die primitive Vorstellung von einem „gerechten Arbeitslohn" widerlegt, ist dem Reformismus in der Arbeiterbewegung jede theoretische Grundlage entzogen.

In seiner Schrift: „Die Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms" sagt Marx: „Das System der Lohnarbeit ist ein System der Sklaverei, die in demselben Maße härter wird, wie sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit entwickeln, ob nun der Arbeiter bessere oder schlechtere Zahlung empfange." Es ist eine beliebte Fälschung der bürgerlichen Marx-Kritiker, daß Marx unter der mehrwertschaffenden, also ausgebeuteten Arbeit, nur die eigentliche Handarbeit verstanden habe. Man hoffte wohl, so die intellektuellen Lohnarbeiter vor der Infektion mit Marxismus zu bewahren. Demgegenüber mag hier unterstrichen werden, daß Marx zum kapitalistisch-produktiven Arbeiter rechnete, „alle, die zur Produktion der Ware in der einen oder der anderen Weise mitarbeiten, vom eigentlichen Handarbeiter bis zum Leiter oder Ingenieur (als Unterschied vom Kapitalisten)." (Theorie des Mehrwerts, Band I, Seite 258.) Womit natürlich nicht bestritten werden soll, daß das Kapital die obersten Spitzen dieser intellektuellen Lohnarbeiter durch Beuteanteile am Mehrwert zu bestechen sucht und daß weitere Schichten durch ihre soziale Tradition der Wirklichkeit gegenüber auf längere Zeit blind gemacht werden.

Die Arbeit „schafft" den Mehrwert (Profit), aber der Kapitalbesitz „verschafft" dem Kapitalisten den Profit, und daher also zeigen die kapitalistisch erzeugten Waren die Tendenz, sich nicht mehr als völlig „wertgleichende", sondern als „profitgleiche" auszutauschen. Die Konkurrenz der Kapitalisten durch Ein- und Auswanderung zwischen den verschiedenen Produktionsfeldern wirkt in der Tendenz auf eine gleiche Durchschnittsprofitrate hin. Ein durchschnittliches Profitniveau wird aber nur hergestellt, wenn „die Waren nicht einfach als Waren ausgetauscht werden, sondern als Produkte von Kapitalien, die im Verhältnis zu ihrer Größe Teilnahme an der Gesamtmasse des Mehrwerts beanspruchen." (Siehe: Kapital, Band III, Seite 154.)

So vollzieht sich die Umbildung des Wertes zum Produktionspreis, d. h. zu dem Preis der sich zusammensetzt aus dem vorgeschossenen Kapital, plus dem Durchschnittsprofitsatz, wie er durch die Ausgleichung der Profitraten entsteht. Damit hatte Marx seine Werttheorie in genialer Weise zur Produktionspreistheorie ausgebaut. „Der Wert der Waren erscheint unmittelbar nur noch in dem Einfluß der wechselnden Produktivkraft der Arbeit auf Sinken und Steigen der Produktionspreise auf ihre Bewegung, nicht auf ihre letzten Grenzen." (Kapital, Bd. IV, 364.) In der populären Darstellung ist mit wenigen Ausnahmen diese Produktionspreistheorie unberücksichtigt geblieben. Zur Klarmachung des Wesens der Ausbeutung, der Natur des Mehrwerts mag auch die Werttheorie, wie sie der erste Band des „Kapitals" aufzeigt, genügen. Aber eine ernsthaftere Beschäftigung mit Marx ökonomischen Lehren kann an den späteren Bänden des „Kapitals" nicht blind vorübergehen.

Der Motor in der Gesamtentwicklung des Kapitalismus ist das Streben nach Steigerung des Profits. Das führt zur Steigerung der Produktivität, zur Steigerung des Ausbeutungsgrades der Arbeit und zum Drange nach monopolistischer Ausschaltung der freien Konkurrenz. In gleicher Weise wirkt auch das Streben des Kapitalisten, dem Fall der Profitrate vorzubeugen, wie er aus der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit folgt, da ein immer größerer Teil von totem (Sach-) Kapital von der allein mehrwertschaffenden Lohnarbeit „verarbeitet", also in Bewegung gesetzt wird. Dadurch erfährt dann die Preisgestaltung auf dem Warenmarkt noch eine weitere Modifikation im Monopolpreis, der aber in letzter Linie ohne Beziehung zum Arbeitswert des Produktes nicht auf die Dauer in der Luft schweben kann. Andererseits ist es gerade diese monopolistische Entwicklung des Kapitalismus, die die Ausbalanzierung des auch für die Selbsterhaltung der kapitalistischen Gesellschaft Notwendigen immer unmöglicher macht und damit den Zusammenbruch dieses Systems beschleunigt und in sich schließt.

Nur der „trügerische Schein der Dinge" ist es, der auf der Oberfläche der Wirtschaft der Marx'schen Theorie zu widerstreiten scheint. Wissenschaftliche Wahrheiten sind stets paradox, im Widerspruch mit der alltäglichen Beobachtung. Es ist aber auch paradox, daß die Erde sich um die Sonne bewegt und das Wasser aus zwei entzündlichen Gasen besteht, sagt Marx einmal. Wie vermöchte man z. B. mit dem in der bürgerlichen Vulgärökonomie beliebten Gesetz von Angebot und Nachfrage, das gewiß die Oberfläche der Preisschwankungen in Bewegung hält, die Grundverschiedenheiten der Durchschnittspreise der verschiedenen Warengattungen zu erklären? Ohne Marx tappte man da noch völlig im Dunkeln.

Marx kannte freilich von Augenschein nur die Periode des aufsteigenden Kapitalismus und noch nicht einmal dessen höchste Stufe den Imperialismus. Und doch erfaßt die Theorie von Marx so tief das Wesen des Kapitalismus, daß jede neue Phase der kapitalistischen Wirklichkeit nur eine überraschende Bestätigung der Marxschen Gedankengänge bringt, und nur aus seinem Geiste heraus die wissenschaftliche Forschung weitere Detailfortschritte machen kann, wie es Rosa Luxemburg in ihrer Akkumulationstheorie gelungen ist.

Gerade heute mehr als je empfinden wir die Wahrheit jener im ersten Band des „Kapitals" von Marx niedergelegten und begründeten grandiosen Prophezeiung:

„Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch der Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unerträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateure werden expropriiert." (Marx, Kapital I, Seite 728.) — —

„Die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor. Seit Jahrzehnten ist die Geschichte der Industrie und des Handels nur die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse, gegen die Eigentumsverhältnisse, welche die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind. Aber die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen; sie hat auch die Männer erzeugt, die diese Waffen führen werden, das klassenbewußte Proletariat. — Die wesentliche Bedingung für die Existenz und für die Herrschaft der Ausbeuterklasse ist die Anhäufung des Reichtums in den Händen von Privaten, die Bildung und Vermehrung des Kapitals; die Bedingung des Kapitals ist die Lohnarbeit. Der Fortschritt der Industrie, dessen willenloser und widerstandsloser Träger die Bourgeoisie ist, setzt an die Stelle der Isolierung der Arbeiter durch die Konkurrenz ihre revolutionäre Vereinigung durch die Assoziation. Mit der Entwicklung der großen Industrie wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst hinweggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihren eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich."

Eroberungstaktik im Konkurs

Der Allgemeine Konsumverein Halle ist tot, erdrosselt. Die Leidtragenden gaben sich vorige Woche im Schwurgericht Halle ein Stelldichein, das so stark besucht war, daß der große Saal kaum ausreichte. Die Wutausbrüche, die sich zu dramatischen Szenen steigerten, waren der Gradmesser dafür, wie nahe dies den Proleten ging, die zu ihren verlorenen Sparpfennigen, jetzt von „rechtswegen" noch große Summen dazu zahlen müßten.

Aus der Masse wurden 17 000 Mark gelöst, wovon aber der Konkursverwalter allein 3000 zu bekommen hätte. Die Summe reicht nicht mal aus, die Ansprüche festzustellen. Ein solches Verfahren würde allein 25000 Mark erfordern. Um die Haftsummen für die Lieferanten einzuklagen, dazu wären weitere 75 000 Mark erforderlich. Die Gläubiger werden die 100 000 Mk. wohl nicht aufbringen können, weil sie auch pleite snd, und so wird es wohl bei der Einsperrung der verantwortlichen Geschäftsleitung bleiben.

Die letzte Leitung, die die Hunde beißen, war „kommunistisch". Die Sozialdemokratie steht am Grabe und jubelt. Und die KPD-Proletarier lernen nicht daraus. Der KPD war es nämlich gelungen, den Konsumverein zu „erobern" und taufte ihn in ihrer krankhaften politischen Kurzsichtigkeit bombastisch „Rotes Proviantamt Mitteldeutschlands". Und die SPD tat, was keinem politischen ABC-Schützen zweifelhaft war, die SPD boykottierte ihn, der Bankrott war bei der „Eroberung" so sicher wie Adam Rieses Rechenexempel.

Die KPD hat 10 Jahre die besten Kräfte ihrer Proletarier vergeudet, ihre besten proletarischen Kräfte ausgeschlossen, alle Mitglieder wild gemacht im „Kampf" um die Eroberung der Gewerkschaften. Die bornierten politischen Analphabeten des ZK haben 10 Jahre lang in Gewerkschaften, Konsumvereinen, der Volksbühne, in Sport- und Kulturvereinen solche „Eroberungen" gemacht wie in Halle; sie werden es nie lernen, denn die Proleten sind für sie Schachfiguren, Abwechslung beim Versaufen ihrer Pfründen. Die Arbeiter aber sollten doch begreifen lernen, daß man nicht ein Stück Konterrevolution, ein Stück Kapitalismus erobern kann, sondern nur die gesamte Wirt-

Harmlose Narren

Motto:
„Blitze zucken.
Donner grollen.
Und die Nacht war fürchterlich."

Nun haben auch die „Kampfruf"-Leutchen ihre lange Wanderung beendet. Vor drei Jahren begannen sie gegen die „Vormundschaft der Partei" zu toben. Grundsätze waren ihnen nur Einwickelpapier, um Proleten zu fangen. Die Partei hat ihnen dabei auf die Finger geklopft und da empörten sich eine Reihe kleiner und kleinlichster Kretins. Sie sagten der Partei den Kampf an „bis aufs Messer". Es war schwer, den Genossen im Ausland den „Unterschied" zwischen den „Kampfruf"-Leuten und der Partei klar zu machen; denn diese jämmerlichen Schacherfinze stellten sich in der Phrase „voll und ganz" auf den „Boden des KAPD-Programms". Sie logen wie gedruckt, verleumdeten frisch darauf los und machten in „Bonzenhetze". Programmatisch lasten sie sich dann eine „bewegliche" Taktik zu, deren Kernstück die „rücksichtslose Auslösung" von Lohnstreiks war. Hätten sie nur einen Bruchteil des ABC des proletarischen Klassenkampfes verstanden, dann hätten sie auch begriffen, daß schon vor ihnen andere diese „Rücksichtslosigkeit" praktizierten und noch praktizieren, daß diese isolierten Streiks, die die organisierte Kapitalistenklasse gegen sich finden, nicht „vorwärtsgetrieben" werden konnten. Die Partei hat stets nach dem Grundsatz gehandelt, dem Proletariat die Wahrheit über Aussicht und Bedingungen eines **jeden Kampfes** mit dem Kapital zu sagen, um so durch **Selbstverantwortung des Proletariats** die Herrschaft der Demagogen über das Proletariat zu überwinden. Das war den „Beweglichen" nicht „rücksichtslos" genug. Um sich auch nach außen hin „abzugrenzen", forderten sie Lohn zum „Sattessen", woraus später wieder ein „Druckfehler" gemacht wurde. Im übrigen waren sie in keiner Weise fähig, für ihre zersetzende Tätigkeit auch nur andeutungsweise den Beweis zu erbringen und die Spaltung der Union zu begründen.

Als der Nebel verrauscht war, den sie erzeugt hatten, um ihre „Manöver" durchzuführen, dachten sie an keine „rücksichtslose Auslösung" von „Lohnstreiks" mehr. Die „Bewglichkeit" tobte sich ganz anders aus.

Sie machten in „Einheitsfront" mit allen möglichen Zwittergebilden, die stolz den Namen „Industrieverbände" tragen. In „Führer"konferenzen wurde in „Verbreiterung der Kampfbasis" gemacht. Jahrelang konnten sie ihren pathologischen Anhang mit „Erfolgen", und handelten um Prinzipien wie der Freier mit der Dirne um den Brettpreis einer Nacht. Doch sie holten sich Absatze um Absatze. Unfähig, auch nur einen einzigen eigenen Gedanken hervorzubringen, rächte sich nun die „Selbständigkeit" katastrophal. Revolutionäre, die aus ehrlicher Kampfbegeisterung einen falschen Weg gehen, finden in kritischer Selbstprüfung immer wieder zurück. Pathologen gehen ihren „Weg" „zu Ende". Sie begannen nicht nach den Ursachen auch dieses Mißerfolges zu suchen, sie schrien nun „rücksichtslos" nach der Revolution. In jedem Satze des geduldigen Papiers, das sie vollschmierten, stand „Revolution" oder „Klassenfront", oder „Klassentat", oder eine andere, — in diesem Zusammenhang gesehen — ordinäre, dumme Phrase. Und als auch diese „Beweglichkeit" im luftleeren Raum verpuffte, schnürten die „revolutionären" Pfannenflicker erneut ihr Bündel und zogen auf die Wanderschaft, die ihre „Klassenbrüder" um Fichtmann, Pfempfert und Co. schon vor ihnen fortgesetzt hatten.

Sie gehen dabei von dem „Grundsatz" aus, daß eine revolutionäre Organisation nicht etwa die Schwierigkeiten der Revolution zu überwinden hat, sondern sie „bedrehen" Schwierigkeiten, indem sie davor ausrücken. Wenn es mit Hilfe der revolutionären Partei nicht gelingt, die Niederlagenstimmung des Proletariats zu überwinden, löst man die Kampfgemeinschaft und macht in „Unabhängigkeit". Daß die Proletarier von ganz anderen Faktoren zu ihrer jeweiligen Haltung bestimmt werden, ist Großmäulern unergründlich. Hilft die „Unabhängigkeit" von der KAP nicht, macht man sich eben von der eigenen Organisation unabhängig, wirft die letzten Reste theoretischen Gepäcks über Bord und lext sich ein anderes „Programm" zu.

Diese „Linie" ist allerdings keine neue Entdeckung. Die „Klassenbrüder" um Stroms, Sand usw. — die „Organisation der Organisationslosen" — haben längst entdeckt, daß das Proletariat nur deswegen „gespalten" ist, weil keine Organisation die „ganze Klasse" umfassen kann. Es ist also jede Organisation abzulehnen, soll die „Spaltung" in „Organisierte" und „Unorganisierte" vermieden werden. Die Revolution blieb zwar trotz des Spleens einiger „Oberklassenbrüder" aus, aber das machte denen nichts. Ein Frosch sieht seinen Tümpel als die Welt an, sonst wäre er kein Frosch.

Im Froschteich der „Einheitsorganisation" fanden jedoch die müden Zigeuner nicht so ohne weiteres Einlaß. Sie mußten lange warten, denn einige von ihnen phantasierten noch von der „Beiahung" der revolutionären Partei, sie wollten sogar „einmal" eine „richtige" KAPD „gründen", mit diesem „Argument" haben sie sich ja von uns verabschiedet. Im Asyl der Parteilosen wußte man aber, daß die Draußenstehenden so erschöpft sind, daß sie sehr bald, um jeden Preis, um Einlaß bitten werden. So ist es gekommen. Das Evangelium der „Klassenbrüder" verpönt jeden Gedanken an eine revolutionäre Arbeiterpartei, in der Konsequenz ist es die Abklimmung des Klassenkampfes überhaupt. Wahre Religion hat mit Wirklichkeit nichts zu tun.

Im folgenden zitieren wir aus der Beichte der einstmals „Beweglichen", die sie unter der Maske einer Polemik gegen die „KOO" ablegten und die in der Nummer des „Unionist" enthalten ist, die einer staunenden Mitwelt die Vereinigung kundgibt. Sie leisten folgendermaßen Abbitte:

„So traurig (!!) es ist, daß einem Streikaufruf gegen den Lohnraub immer weniger Arbeiter folgen, so richtig erhält hier eine Kampfmethode Lehren. In der Praxis erweist sich ihre Unbrauchbarkeit. Doch eine große Gefahr ist damit verbunden, diese Massen, die enttäuscht sich von der Streiktaktik der RGO wenden und die Indifferenz sinken, gehen vorderhand dem revolutionären Klassenkampf verloren. **Gegen diese Entwicklung der Massen muß ein erbitterter Kampf geführt werden** (Kampf gegen diese Entwicklung der Massen? Hoffentlich bekommen die armen Proleten keine Prügel. R. d. KAZ.), der sich in seiner Spitze nur gegen die Phraseure der RGO richten kann. Es geht nicht an, daß eine Organisation, die Hunderte von Malen in der Vergangenheit Schiffbruch erlitten hat, immer wieder durch revolutionäre Phrasen die Massen fangen kann.

Wir müssen die Halbheit und Gefährlichkeit der RGO-Parolen aufzeigen, **wir müssen den Massen erklären, daß es nicht darauf ankommt, Streiks um jeden Preis gegen den Lohnraub zu entfesseln.** Sondern jeder Kampf der Arbeiter muß in Verbundenheit mit der gesamten Arbeiterklasse stehen. Nur dann hat ein Teilstreik Wert, wenn er tatsächlich im Gefolge hat die Auslösung breiter Massenkämpfe. Man muß deshalb schon bei der Vorbereitung der Betriebe die Verbundenheit aller Betriebsbelegschaften, **indem alle hemmenden organisatorischen Schranken, die durch die vielen Gewerkschaften, Industrie- und Einheitsverbände geschaffen wurden, niederzerissen werden. Zertrümmerung aller dieser Organisationen, auch der RGO-Läden ist notwendig, um den Zusammenhalt der Betriebe zu schaffen.**

Wir müssen den Arbeitern zeigen, **daß sie nur als Klasse erfolgreich** kämpfen können, daß sie sich in den Betrieben und auf den Stempelstellen als Klasse zusammenzuschweißt durch das feste Band der unbedingten Klassensolidarität organisieren müssen in revolutionären Betriebsorganisationen, das ist eine der wichtigsten Grundlagen und die selbständigen Organe der Arbeiter, die Streikleitungen, Kampf- und Aktionsausschüsse haben auf dem einen realen Wert, wenn sie sich auf diese Klassengrundlage, eben den Betriebsorganisationen, aufbauen.

Teilstreiks können nur auf dieser Basis zu Massenstreiks ausgeweitet werden, und die soviel geforderte Einheitsfront läßt sich ebenfalls nur auf dieser Basis schaffen. **Die Streiktaktik der RGO aber ist sinnlos, weil sie in keinem Zusammenhang steht mit der Lage der Arbeiterklasse, weil sie ideologisch, wie auch organisatorisch nicht das Erfordernissen des Klassenkampfes entspricht.** Ihr Streikgeschrei ist nur eine radikalere Auflage der reformistischen Gewerkschaftspraxis, weil hinter ihren revolutionären Phrasen sich ihr reformistischer Kern verbirgt. **Die Streikpraxis der letzten Monate hat dieses Xmal unter Beweis gestellt.**"

Wir waren und sind noch der Meinung, daß nur ein konterrevolutionärer Wicht behaupten kann, daß Massenstreiks erst dann möglich sind, wenn die Proleten ihre alten Organisationen zertrümmert haben. Wir sind der Meinung, daß die neue Form der Organisation in den Kämpfen der Arbeiter entstehen wird. Was sonst an Unsinn in dieser Beichte steht, findet seinen klarsten Ausdruck in dem Bekenntnis, daß der „Kampf" einer „Entwicklung" angesagt wird, um deretwillen die Partei den „Beweglichen" die Tür wies. Es fehlt schon die Verantwortungslosigkeit kleinbürgerlicher Großmäuler dazu, eine solche Selbstentlarvung öffentlich zu vollziehen.

Dieser dummdreisten Großmäulizkeit entspricht es auch, wenn die neugetauften Klassenbrüder in dem Bericht über die „Vereinigung" verkünden:

„Die Konferenz selbst schwamm dabei keineswegs in Harmoniedusel. Im Verlaufe der dreitägigen Debatte wurden von den Sprechern beider Richtungen **bittere Wahrheiten gesagt,** weil dies der geschichtliche Werdegang der Unionsbewegung bedingte. Manche „Gegensätze" entpuppten sich freilich bei Licht besehen nur als **Mißverständnisse,** da infolge einer jahrelangen politischen **Entfremdung** oft auch unvermeidlich aneinander vorbei geredet wurde. Im ganzen bestätigte die Diskussion erneut: beide Unionen sind auf getrennten Wegen zu gleichartigen Erkenntnissen gekommen."

Das genügt wohl! Die Klassenbrüder sind aus einem „Mißverständnis" heraus „getrennt marschiert". Sie haben auch auf der Konferenz noch drei Tage reden müssen, ehe sie merkten, daß die „bitteren Wahrheiten", daß sie sich sagten, blühender Unsinn sind. Leute, die sich selbst das Zeugnis ausstellten, daß sie lächerliche Schwätzer sind, haben ein Recht darauf, nicht ernst genommen zu werden. In der „KAZ" wurde ihnen einmal unterschoben, es handele sich um „politische Zylinderleute". Wir gestehen, wir haben ihnen zuviel Bedeutung beigemessen. Es sind harmlose Narren!

schaft durch die politische Macht, durch die proletarische Revolutionierung der Proletarierhirne, was die KPD.-Generale bewußt verhindern, denn dann wären sie selbst am Ende ihres Lateins. — Auch die S A P.-Proletarier sollten aus den Niederlagen der KPD lernen.

Schobers Glück und Ende

Die definitive Ausschiffung des Wachmanns aus der österreichischen Politik ist nun endlich erfolgt. Der Regierungswechsel hat keinen anderen Zweck gehabt, als Schober endlich loszuwerden, reichlich spät, nachdem er das Vaterland zu Ende gerettet hat und es eigentlich ch schon alles eins ist. Durch die Dumdumgeschosse des 15. Juli war Schober zu einer Gottheit, zum Inbegriff von Ruhe und Ordnung und Rettung des Vaterlandes geworden, die Bourgeoisie redete sich gewaltsam ein, an dem Pulzisten einen großen Mann und Retter in allen Nöten gefunden zu haben, er wurde mit der Regierung und später mit dem Amt des Außenministers betraut. Die Folge war, daß er dem Stahlhelm-Curtius auf das alldeutsche Zollunionsprojekt glatt hereinfiel und das ohnedies an der englischen Krankheit leidende, kaum noch atmende Republikschen Oesterreich der Rache und den furchtbarsten Zerstörungen der französischen Finanzmächte aussetzte. Curtius mußte damals sofort gehen. Schober, der Retter des Vaterlandes, geht erst jetzt, nachdem nichts mehr zu retten ist; noch nach dem Untergang kommt Oesterreich zu spät!

In der neuen Regierung hat der Bundeskanzler Buresch selbst das Außenamt übernommen (sogar der Sektionschef für Aeußeres Dr. Peter wurde abgebaut, um den Götterzorn der Pariser Börseaner zu beschwichtigen), **Justizminister,** was bisher immer ein Großheutscher war, wird ein monarchistischer Christlichsozialer, Gründer von **Terrorgruppen** in Tirol, namens Dr. Schuschnigg. Es ist eine Minderheitsregierung von Christlichsozialen und dem großagrarischen **Landbund.** Da der Landbund trotz sonstiger reaktionärster Einstellung gegen den Heimwehrfaschismus ist, hofft diese Koalitionsregierung von den Sozialdemokraten unterstützt zu werden. Man wird sehen, ob sie auch das imstande sind!

Aus der Bewegung

Weißenfels

Die RGO übernimmt die Rolle der Amsterdamer.

Am Freitag den 8. Januar fand hier eine öffentliche Belegschaftsversammlung der Arbeiter der Städt. Betriebe statt, welche von ungefähr 90 Mann besucht war, bei einer Belegschaftsstärke von 200 Mann. Der trotz der Wichtigkeit der Versammlung so mangelhafte Besuch mag zum größten Teil an der unklaren Einladung gelegen haben. In dieser Sitzung gab der Vorsitzende des Gesamtverbandes, Koll. Mädel, einen übersichtlichen Bericht über die gesamten Lohnreduzierungen innerhalb des letzten halben Jahres und teilte gleichzeitig der Belegschaft mit, daß der Gesamtbetriebsrat in seiner letzten Sitzung gegen den letzten 10prozentigen Lohnabzug einmütig Protest erhoben hätte und 4 Kollegen beauftragte, zum Maistrat zu senden, um dort zu versuchen, auf irgendeiner Grundlage die Härte etwas abzuschwächen. Daß der Koll. Mädel als Betriebsratsvorsitzender und Vorstand des Gesamtverbandes nicht aus seiner Haut heraus kam und glaubte, auf diese Art der Allgemeinheit der städt. Arbeiter zu dienen, wird begreiflich, wenn man weiß, daß er Mitglied der SPD ist. Aber nun setzte der große Theaterdonner der RGO-Leute ein. Ihr Hauptvertreter Beuthan versuchte nun, die Empörung der Belegschaft für die RGO und KPD auszunützen und eine schöne Suppe für dieselben zu kochen. Er warf der Gewerkschaftsleitung am Ort und der Spitzenorganisation mit Recht ihre passive Stellung, die sie zu den dauernden Lohnabzügen einnehmen, vor, schilderte u. T. richtig mit wenig Worten die Wirtschaftskrise des kap. Systems und forderte sofortige Kampfmaßnahmen. Nachdem erhob sich der KPD-Stadtverordnete und empfahl der Beleiscjaftsversammlung folgende Anträge zur Annahme:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, den Lohn in alter Höhe weiter zu zahlen und Uebernahme der Bürgersteuer durch den Magistrat. (Die Bürgersteuer beträgt in Weißenfels 500 Prozent.)
2. Ein Schreiben an alle Fraktionen und den Stadtverordnetenvorsteher zu senden, um sofortige Einberufung der Stadtverordnetenversammlung und Stellungnahme zu den Anträgen der Städt. Arbeiter.
3. Eine Kommission zur Vorbereitung des Streiks zu wählen von 5 Mann.

Nachdem sprach der Gen. M. von der AAU und prangerte die Zweideutigkeit der RGO im richtigen Lichte an. Er zeigte erst mal die Unmöglichkeit der Versuche der kapitalistischen Gesellschaft, aus dieser Weltkrise herauszukommen, auf, schilderte, daß Schlag auf Schlag auf den Rücken des Proletariats niedersaust in Form von Notverordnungen und Lohnabzügen. Daß die kap. Gesellschaft durch diese Maßnahmen sich immer eine neue Galgenfrist aus der Verelendung der arbeitenden Schichten ermöglicht und daß es endlich an der Zeit ist, daß das Proletariat in seiner Gesamtheit und insbesondere die städtischen Arbeiter begreifen, daß hier kein Mundspitzen mehr hilft, sondern daß gepfiffen werden muß. Daß es die historische Aufgabe des Proletariats sei, die Gesellschaft, welche nicht danach fragt, ob die Lebensmöglichkeiten noch vorhanden sind für das Proletariat auch nicht mehr nach den Forderungen der Bourgeoisie zu fragen und im revolutionären Machtkampf zur Massenaktion zu schreiten, um diese am Lebensmark des Proletariats saugende kapitalistische Profitgesellschaft in den Orkus der Geschichte zu werfen und die kommunistische Bedarfswirtschaft aufzubauen. Vorbedingung dazu sei, daß sie endlich einmal über ihre Pflicht nachdenken, wenn sie singen: „aus aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun", und aus diesem Denken die Konsequenzen zu ziehen. Nicht wie die RGO empfiehlt, beim Magistrat zu fordern und zu betteln, auch nicht in der Stadtverordnetenversammlung, welche beiden Körperschaften ja nur dazu geschaffen sind, um Beschlüsse, die im Interesse des herrschenden Systems liegen, durchzuführen. Schoa aus dieser Stellung der RGO sei erwiesen, daß sie es nicht ernst mit ihren sogenannten Kampfvorbereitungen meint und daß sie das Selbstbewußtsein der Arbeiter unterdrücken will, um sie weiter zu einer führergläubigen Hammelherde zu erziehen. Unser Gen. wies weiter darauf hin, daß heute die Hauptaufgabe des Proletariats sei, über die Köpfe der Berufsführer der SPD, KPD und Gewerkschaftsinstanzen hinweg den Kampf auf der ganzen Linie aufzunehmen auf antiparlamentarischen, antigewerkschaftlicher und antizesetzlicher Grundlage. Nicht zu warten, ob von irgendwelchen Zentralinstanzen der Befehl gegeben wird, sondern sie sollen durchdrungen von der Notwendigkeit der Beseitigung der bestehenden Ausbeuterverhältnisse, selbst ihren Kampf führen. Er stellte den Antrag zur sofortigen Einberufung einer Belegschaftsversammlung, wo in der Einladung gleich ersichtlich ist: „Kampfaufnahme oder nicht". Nunmehr ließ der Vorsitzende über die 3 Anträge der RGO abstimmen und wurden dieselben auch angenommen. Es wurden 5 Genossen vorgeschlagen und gewählt, darunter auch ein Genosse von uns, welcher daraufhin sofort eine Erklärung abgab, daß er in diesen sogenannten Aktionsausschuß nur gehe, um dort die Stellung der Union zu vertreten, sich aber sonst keinerlei Illusionen hingebe. Daß dies richtig war, bewies die erste Sitzung dieses gewählten Ausschusses. Dort, wo die Massen der Belegschaften dieses Theaterspiel der RGO nicht sehen und hören konnten, erklärte der Hauptmimer der RGO, Koll. Beuthan, wortgemäß: **„Ein Streik kommt für uns zur nicht in Frage. Wir fordern vom Magistrat Weiterzahlung des alten Lohnes. Uebernahme der Bürgersteuer durch den Magistrat und durch die Aufrollung der Forderung der städt. Arbeiter wird ein großer agitatorischer Wert zur Weiterradikalisierung der Massen erreicht — unter dem Motto: Krachmachen, nicht einschlafen."** Damit hätte sich die RGO entlarvt als diejenigen, die heute glauben, die Rolle der reformistischen und verräterischen Gewerkschaften zu übernehmen und daß sie in Wirklichkeit gar nichts trennt von den Amsterdamern. Unser Genosse brandmarkte diese Schaumschlägerpolitik der RGO und bewies, daß die Genossen von der RGO aus den letzten Jahrzehnten der Arbeiterbewegung nichts gelernt haben, daß es ihnen nur mit dieser Taktik darauf ankomme, mehr Massen bei sich zu organisieren, um dadurch freiwerdende Posten zu besetzen. Zu bemerken ist noch, daß der Vorsitzende des Gesamtverbandes die Anträge der RGO ablehnte, sich nichts vom Parlament verspreche und die Parlamente nur als Durchführungsorgane der herrschenden Klasse und als Quasselbude ansehe. Die Arbeiter der städt. Betriebe mögen nur endlich begreifen, daß sie in Zukunft endlich einmal dem Gesamtverband und der RGO ihre Geldschaft versagen und daß sie sich im Betrieb geschlossen formieren zur letzten Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, daß sie nicht mehr blindlings weiter den arbeiterfeindlichen Gewerkschaften ihre Haut anvertrauen, daß sie sich nicht den um sie buhlenden Schwesterorganisationen der RGO, die mit doppelter Kreide ihnen etwas vormachen will, folgen, sondern, daß sie endlich brechen mit diesen auf den Misthaufen der Geschichte gehörenden Organisationen, die ganz eng mit den Kapitalisten verbunden und daß sie sich als Klasse formieren in den Betrieben als Betriebsorganisation, welche mit allen Betriebsorganisationen und Stempelorganisationen sich zusammenfinden in der Allgemeinen Arbeiter-Union, um so als Machtfaktor erfolgreich die Beseitigung dieses verfaulenden Systems vorzunehmen.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Berlin

Versammlungskalender.

3. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Glaßow, Malplaquetstr. 24.
6. Bezirk. Alle 14 Tage (Freitag) 20 Uhr, im Lokal Reibe, Gitschinerstraße 88.
14. Bezirk. Jeden Donnerstag, 20 Uhr, bei Speisebecher, Herfurtstraße, Ecke Schillerpromenade.
15. Bezirk. Jeden Freitag, nachm. 17 Uhr, bei Jahnke, Niederschöneweide, Brückenstr. 3.
17. Bezirk. Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Worlitzer, Gärtelstr. 38.

Eingänge für den Pressefonds

im Monat Januar:

Gen. B., Weserstraße	2,— RM
GHA	37,— RM
RAA	87,50 RM
CSR Sammelliste Nr. 268	4,— RM
	140,50 RM

Verantw. Redakteur und Herausgeber: E. Hackbarth, Berlin-Lichtenberg. — Druck: Druckerei für Arbeiterliteratur Willy Iszdonat, Berlin O 17, Lange Str. 79.

13. Jahrg. Nr. 3

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, März 1932

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42.
Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.
Telefon: Oberbaum F 8 7832.

Bei Bezug unter Streifband für In- und Ausland 20 Pf. inkl. Porto. Erscheint vorläufig monatlich.
Inserate werden nicht aufgenommen.

int. instituut Soc. Geschiedenis

Fronten und Fahnen

Als der jüngst verstorbene sächsische König August anläßlich seiner Absetzung erklärte: „Macht Euren Dreck alleene", dann diejenigen, die ihm nach der Absetzung noch „Huldigungen" darbrachten, verspottete: „Ihr seid mir ja schöne Republikaner!", war er sich wohl nicht bewußt, daß diese Republikaner mit ihrem Dreck gar nicht fertig werden. Wenn Sozialdemokraten und Gewerkschaften heute ihre Wahlschafe auffordern, Hindenburg als Reichspräsidenten zu küren, so braucht wohl nicht hinzugefügt werden, daß es in Deutschland keine Figur gibt, die den Geist der Monarchie und der kaiserlichen Generalität einheutiger verkörpert. Es ist eigentlich schade, daß General Ludendorff sich als ein von der Freimaurerpsychose gepeitschter Narr entpuppt hat. Sonst hätten die Republikaner zu ihrem Reichspräsidenten einen famosen Reichskanzler gehabt, und die „Eiserne Front" eine Spitze, die alle Demokratenherzen noch ganz anders in Schwingung gebracht hätte. — Aber was nicht ist, kann ja noch werden!

Gewiß: Politik muß verstanden sein! Die Breitscheid, Stampfer, Wels und Braun haben eine andere Verantwortung als ein popliger Wohlfahrtsempfänger. Was weiß so ein Mensch von den feinen Schachzügen der „hohen Politik". Das verstehen noch nicht einmal die „geschulten" Arbeiter alle, daß nämlich der Hitler, das ist der Faschist, durch den Hindenburg geschlagen werden soll. Der Geist Hindenburgs soll und muß siegen. Ergreift die Feder und zeichnet euch in die eisernen Bücher ein. Die Demokratie ist in Gefahr. An den Plakatsäulen steht: „Er steht zu euch, haltet ihm die Treue." Da der ärmste Sohn bekanntlich auch der treueste ist, liegt die Ausrottung von Millionen durch Arbeitslosigkeit und Unterstützungsabbau absolut im Interesse gerade dieser armen Söhne. „Deutsche Frauen, deutsche Treue, deutscher Wein und deutscher Sang, sollen in der Welt behalten ihren alten guten Klang."

Das Lied, das die vielen Millionen Arbeitsloser und auch die Arbeiter infolge der Auswirkung der Rettungsmaßnahmen für die Demokratie anstimmen, hat in den guten deutschen Klang einige Mißtöne gebracht. Die Preisabbau-Aktion hat nicht lange vorgehalten, und die die Stimmung bessernden „Konjunktureinflüsse" zum Ende des Winters lassen sich nicht „positiv" auswalzen. Diese Ausweglosigkeit, Fäulnis, dieses hoffnungslose stupide Einerlei ist fressendes Gift für die immer noch vorhandenen Illusionen auf eine Besserung der Lage. Es muß also um jeden Preis etwas „unternommen" werden, das weiß man noch von der großen Zeit her, daß die Truppen nicht zur Ruhe kommen dürfen. Sie könnten sonst auf dumme Gedanken kommen. „Bewegung, meine Herren, Bewegung!" Daß die ganze „Bewegung" zur Reichspräsidenten- und Preußenwahl recht gut zu umgehen war, daß haben ja die Demokraten selbst zur Genüge bewiesen. Eine einzige Notverordnung hätte genügt, um „dem Volke die Aufregung zu ersparen".

Das wäre jedoch das „größere Uebel" gewesen. Man muß die Wahlen machen, um wieder einige Monate Zeit zu gewinnen, die Massen zu beschäftigen, indem sie für ihren Helden kämpfen.

*

Es hat lange gedauert, bis die „äußerste Rechte" ihre Kandidaten nominierte. Uebereinstimmend wurde vordem erklärt, daß Hindenburg natürlich ihr Mann ist, selbst der starke Adolf hat das gesagt. Damit jedoch Hindenburg gewählt wird, müssen „Gegensätze" da sein, Gegenkandidaten. Außerdem kann man der Sozialdemokratie nicht zumuten, sich für Hindenburg zu entscheiden, wenn Adolf auch dafür ist, sonst hat man doch keine Möglichkeit zum „Kampf gegen den Faschismus". Wochenlang hat Adolf die Sozialdemokratie zappeln lassen, wochenlang wußten die sozialdemokratischen Proleten nicht, ob ihr Mann nun Hindenburg heißt oder ob ein Demokrat auf den Schild gehoben werden soll. Neben Hitler kandidiert dann noch ein „Rechter", damit die Sache möglichst interessant wird. Bei der sprichwörtlichen Dummheit der deutschen Kleinbürger kann zumindest Verwirrung angerichtet werden, außerdem hat doch der eine und der andere sowohl in Hitler als auch in Hindenburg etwas auszusetzen.

Die Regierer wissen sehr wohl, daß in Anbetracht der Sachlage der „Arbeiterkandidat" viel Stimmen bekommen wird. Daß die Bourgeoisie der KPD zu einem zweifellosen Wahlerfolg verhilft, ist außerordentlich charakteristisch. Darin liegt eigentlich die ganze Bedeutung der Wahlen. Es wäre ein leichtes gewesen, neben Hindenburg einen Demokraten zu stellen, um einen Ausbruch sozialdemokratischer Arbeiter aus der „Eisernen Front" zu verhindern. Das hat die Bourgeoisie nicht nötig; im Gegenteil: sie will gerade die Mobilisierung der radikal gesinnten Arbeiter **für die Wahlen** erreichen, um ihre Energien in „Wirklichkeit" verpuffen zu lassen. Die Bourgeoisie spekuliert dabei nicht dumm. In der KPD herrscht Hetzstimmung: „Gegen die Reichen, für die Armen!" Sie stützt sich auf eine Ideologie, die einem Schinderhannes Ehre macht, der war auch „für die Armen" und „gegen die Reichen". Nur hatte der Schinderhannes wenigstens noch einen Revolver. Die „Armen" der KPD besiegen die „Reichen" mit einem Papierzettel. Wo fängt eigentlich die „Armut" an und wo beginnt der „Reichtum"? Die Erkenntnisse des proletarischen Klassenkampfes im eigenen Lager so radikal auszurotten, ist eben nur durch Wahlen möglich. An die Stelle der durch die Einsicht in die gesellschaftlichen Verhältnisse gewonnenen revolutionären Entschlossenheit tritt eine mystische Vorstellung von Arm und Reich, Recht und Unrecht, Gut und Böse, eine Abart des Handwerksburschenkommunismus.

Für den „Arbeiterkandidaten!" Ebert, Noske, Severing, Wels, waren das nicht auch einmal „Arbeiter" und „Arbeiterkandidaten"? Keine Sache ist zu dumm, um, gelegentlich wieder aus der Rumpelkammer geholt, ihre Wirkung zu tun. Natürlich für die „Armen".

*

Während diese Armen sich den Kopf zerbrechen, wieviel Stimmen wohl ihr Kandidat erhalten wird, donnern die Geschütze des japanischen Imperialismus in China, machen Bomben Städte dem Erdboden gleich, werden die „Armen" von den „Reichen" zu Millionen ausgerottet mit Gas und Dynamit. Während eine Welt in ihrer eigenen Fäulnis versinkt, ereifern sich die deutschen Proleten in der Frage, wer Präsident ihres „Vaterlandes" wird, in dem ihnen nichts bleibt, wie die „Eisernen Bücher", der Gasschlauch oder der Strick. Die Bourgeoisie kann lachen. Die KPD springt brav in die Bresche. Was keiner Partei in Deutschland gelingen würde, die Proleten an einer Frage zu interessieren, die längst keine mehr ist, die KPD schafft es. Sie liefert zu dem Rummel die Phrasen und die Fahnen.

Man kommne uns daher nicht mit den alten Mätzchen: Da steht ja, daß wir nur eine „Etappe" . . . Da steht ja von „Rätedeutschland", da steht ja von „außerparlamentarischer Aktion". Ein bißchen „Sozialismus" oder „Kommunismus" ist natürlich nötig, das hat nicht nur die Sozialdemokratie begriffen, sondern auch der Hitler hat seine Millionen Narren damit geködert. Fahnen und Worte sind billigste Stimmzettel. Die Front des revolutionären Begriffs wächst nicht aus diesem Sumpf von qualligem Opportunismus, diese Front wächst aus der Fähigkeit der Arbeiterklasse, die Manöver der Bourgeoisie und ihrer Trabanten zu durchschauen, zu durchkreuzen. Dann wird manch einer von den „Etappenkämpfern" als erbitterter Feind einer wirklich proletarischen Klassenpolitik entlarvt werden.

Theaterschlachten und Schlachtentheater

Am 13. 3. 1932 ist die Reichspräsidentenwahl fällig. Unter den Verboten dieses Ereignisses zittert die deutsche Republik in ihren ihren Grundfesten. Als letzter Rest der Weimarer Verfassung präsentierte sich nach den Septemberwahlen 1930 der Artikel 48 der Reichsverfassung. Die Weltwirtschaftskrise hatte die letzten Möglichkeiten des parlamentarischen Systems beseitigt. Der Monopolkapitalismus mit der ihm innewohnenden Notwendigkeit zu immer verschärfter Rationalisierung hat die Revolutionierung der Massen der Arbeitnehmer gegen das kapitalistische System und gegen seine augenblickliche Herrschaftsform zur Folge. Mit der Rationalisierung und durch die Rationalisierung ist der Arbeiter als wichtigster Faktor im Produktionsprozeß durch seine immer stärker forcierte Ersetzung durch die Maschine in immer höherem Maße relativ ausgeschaltet, während die Angestelltenschaft durch die Erweiterung der Arbeit im Gebiet der Produktionsplanung und der Absatzorganisation außerordentlich stark gestiegen ist. Diese neue Steuerzahlerproletarierschicht grenzte sich außerordentlich scharf gegen die Arbeiterschaft und ihre Bestrebung ab, weil der Sozialismus und Kommunismus die Herrschaft der arbeiterklasse [illegible] ihre Degradierung und ihr Ausscheiden aus dem Produktionsprozeß zur Folge hatte und haben mußte. Eine Erweiterung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten erblickte sie lediglich in einer Steigerung der Absatzmöglichkeiten für die industrielle Produktion, also in einer neuen Entfaltung der imperialistischen Politik. Die Voraussetzung hierfür war die Sprengung der bisherigen Hemmnisse gegen diese Politik. Dazu gehörte vor allem der Kampf gegen den Versailler Vertrag und seine wirtschaftlichen Folgen in der Form des Young-Planes. Es ist daher nicht zu verwundern, daß mit der Wirtschaftskrise auch gleichzeitig eine ungeheure Steigerung des Nationalismus in denjenigen Schichten einsetzte, die die wirtschaftlichen Nutznießer einer neuen imperialistischen Aera sein mußten. Je weiter die Wirtschaftskrise fortschritt, um so dringender und stärker wuchsen diese Bestrebungen in allen Schichten, die durch das „System" enttäuscht waren und keine revolutionäre marxistische Basis hatten, infolge ihrer wirtschaftlichen Lage auch nicht finden konnten.

Das „System" selbst wurde infolgedessen immer mehr in eine Verteidigungslinie gedrängt, weil es keinerlei Mittel und Möglichkeiten hatte, der Wirtschaftskrise wirksam entgegenzutreten. Alle Notverordnungen waren nur Pfuscharbeit und steigerten im Endeffekt die Auswirkungen der Krise, weil sich diese Maßnahmen dauernd in einer sich immer mehr ausweitenden Spirale bewegten. Die ungeheure Auslandsverschuldung des deutschen Kapitals machte eine rein inflationistische Politik unmöglich. Die Notwendigkeit der Verzinsung der Auslandsschulden und die Notwendigkeit ihrer teilweisen Abtragung führte zu immer größerem Schleuderexport. Die Notwendigkeit der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zwang zu immer stärkerer Herabsetzung der Unkosten und zwar ausschließlich bei den Arbeitslosen, weil hier der geringste Widerstand vorhanden war. Andererseits wurden die Lebensmittelpreise durch die Absperrung der Einfuhr zwecks Aufrechterhaltung der Währung dauernd in die Höhe getrieben. Der Lebenshaltungsindex steigt von Woche zu Woche.

Der geringe Grad militärischer und wirtschaftlicher Rüstung der deutschen Bourgeoisie für einen Krieg steht im umgekehrten Verhältnis zu der Notwendigkeit der Erweiterung des Absatzmarktes. Das Finanzkapital weiß dies und versucht, die drückenden Verpflichtungen auf dem Verhandlungswege abzubauen. Der Widerstand des Ententekapitals gegen diese Wünsche der deutschen Bourgeoisie ist außerordentlich groß, weil praktisch damit die Uebernahme der von der deutschen Bourgeoisie bisher getragenen Belastung ihrer nationalen Wirtschaft mit den Kriegsschulden wegfällt. Im Gegenteil, sie werden dadurch gezwungen, diese Schuldenbezahlung selbst zu übernehmen, so daß sie im Endeffekt die Kosten des Weltkrieges selbst bezahlen müssen. Mit dieser Taktik stellt sich das deutsche Kapital rein wirtschaftlich auf den Standpunkt eines Pleite machenden Kaufmanns, der bestrebt ist, mit seinen Gläubigern zu akkordieren. Diese rein negative Politik bringt selbstverständlich nicht neue Arbeitsmöglichkeiten, sondern bedeutet lediglich einen Liquidierungsprozeß, bei dem ein Aufstieg erst mit der Beendigung